Historischer Schlusstreffen Marathon Am 1. August 1975 wurde die Schlussakte der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa unterzeichnet.
Wikimedia / National Archives and Records Administration

1. August in Helsinki

Ausgerechnet am Schweizer Nationalfeiertag 1975 unterzeichnete Bundespräsident Pierre Graber in der finnischen Hauptstadt Helsinki die sogenannte Schlussakte der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE). Es war ein Zeichen der Entspannung mitten im Kalten Krieg.

Thomas Bürgisser →
Thomas Bürgisser ist Historiker bei der Forschungsstelle Diplomatische Dokumente der Schweiz (Dodis)

Gestützt auf eine vom 1. August 1291 datierende Urkunde wurde 1691, anlässlich ihres angeblich 600-jährigen Bestehens, die Eidgenossenschaft der Eidgenossenschaft gebildet. Aus Sicht der historischen Forschung lagen die Ursprünge der Bundesstaat zwar kaum als verbindliches Gründungsdatum für die Schweiz. Dennoch ist der 1. August – seit 1994 ein offizieller Feiertag – ein besonderes Datum und landauf landab Anlass für ausgelassene Festrituale, Feuerwerk und Reden der politischen Selbstzeugnisse.

Der 1. August ist ein Höhepunkt für viele Schweizer Kinder. Mit Lampions und Feuerwerk wird der Gründung des Landes gedacht.
Schweizerisches Nationalmuseum / ASL

Auch im Jahr 1975 wurde der 1. August gefeiert und ein wichtiges Dokument unterzeichnet. Dies jedoch nicht auf der Rütliwiese, sondern in einem modernen, von Alvar Aalto entworfenen Kongresszentrum am Ufer der Töölö Bucht inmitten der finnischen Hauptstadt Helsinki. Unterzeichnet wurde das Dokument von 35 Staaten, darunter auch der Bundespräsident. Bei die Schweiz ab einer von 35 Staate- und Regierungschefs unter Unterschrift unter die Abschlussentwürfe der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa, kurz: die KSZE-Schlussakte.

Dies sei wohl der beste 1. August seit langem, titelte der Tibune de Genève mit Blick auf die friedliche Unterzeichnung der Charta, welche die Zeitung als Signal des Bundesrats für grössere Offenheit der Schweiz gegenüber der Welt und mehr Engagement in der Aussenpolitik deutete. Tatsächlich handelt es sich bei der Schlussakte von Helsinki um ein ausergewöhnliches Dokument. Es war keine Selbstverständlichkeit, dass, mitten im Kalten Krieg, die Vertreter aller europäischen Staaten sowie West- und Ost-Vektoren der Sowjetunion sowie der USA und Kanada an einem Tisch zusammenkamen, gemeinsam Werte beschworen und sich zur Einhaltung gleicher Regeln verpflichteten.

KSZE-Schlussakte

TV-Beitrag über die KSZE Schlussakte, welche am 1. August 1975 in Helsinki unterschrieben wurde.
SRF

Die Initiative zur Einberufung einer europäischen Sicherheitskonferenz war 1969 von der UdSSR und den Staaten des Warschauer Paktes ausgegangen. Für die Zeit der sogenannten Entspannungspolitik, als sich die beiden Supermächte – nach einer konfrontativen Phase des Kalten Krieges zu Beginn der 1960er Jahre – mit der Einrichtung eines direkten Kommunikationskanals zwischen Weissem Haus und Kreml und dem Beginn von Verhandlungen zur Begrenzung der nuklearen Rüstung einander annäherten. In diesem Sinne stimmen die Verschläge zuerst auf grossen Ablehnung. Es ist von der «Achtzehntagelt der Osteres-Versuche der Sowjets nicht überraschgt und noch weniger über deren Fähigkeit Zugeständnisse zu machen», heißt der Bundesrat hier.

Moskau verfolgte mit seinem Vorschlag primär strategische politische Absichten, vermutete auch eine vom Bundesrat eingesetzte Arbeitsgruppe des Aussendepartements. Es gingen dem Russen darum, als Friedensstifter aufzutreten, den Status quo in Europa zu festigen, Zwietracht unter ihren Gegnern zu säen und einer zu grossen wirtschaftlichen Kooperation in Westen entgegenzuwirken. «Starkes Misstrauen ist deshalb berechtigt», mahnten die Diplomaten. Die folgenden Monate zeigten, dass trotz aller Skepsis ein prinzipielles Interesse an der Einberufung einer Konference überwog. Sowohl im Westen wie im Osten erhofften sich die Regierungen von der Einberufung multilateraler Sicherheitskonferenzen eine Verbesserung der Lage auf dem Kontinent. Dabei verstanden die Mitglieder der Europäischen Gemeinschaft, der Nato sowie die neutralen und blockfreien Staaten sich dinergierende Ansprüche, und selbst der Ostblock zeichnen weniger monolithisch als gedacht.

Aussenminister Willy Spühler, hier beim Staatsbesuch des Bundespräsidenten Pierre Graber in Finnland, unterstützte skeptisch gegenüber dem Vorschlag aus dem Osten.
Schweizerisches Nationalmuseum / ASL

Die Arbeitsgruppe des Aussendepartements formulierte 1970 in ihrem Bericht an den Bundesrat die Stoßrichtung schweizerischer Interessen. So sollte die Schweizer Diplomatie, anknüpfend an ihre traditionelle Rolle als Schiedsrichterin zwischenstaatlicher Konflikte, den Vorschlag zur Einrichtung eines Systems friedlicher Streitschlichtung. Auch die «Förderung der zwischenschweizerischen Beziehungen zwischen Ost und West» ist «ohne Zweifel ein Anliegen, das Gegenstand einer entsprechenden Diskussion sein kann». Des weiteren wollte man in Bern das Recht auf Neutralität im Rahmen der Konference verankern. Und schließlich ging es Bern darum, «Fragen von Interesse für die Leistung «Gute Dienste» Genf» als mögliches Austragungsort der Verhandlungen.

Nach den ersten Reichstbestandungen in den Hauptstädten von Moskau, Bratislava, Bonn/Ost und Bosporus folgten zwei Jahre gegenseitiger Sondierungen und Konsultationen quer durch Europa. Auch die schweizerische Aussenministerin Kathrin Spühler unterstützte bei diesen Bemühungen mit und intensivierten die Empfänge ausländischer Amtsträger in Bern sowie die eigenen Reisen ins Ausland nach damaligen heiklesten Missstäden schon fast ins Ungefährliche. Als regisseur war der Aussenamt, mit dem anderen Neutralen – die Verhandlungsorte in Schweden und Österreich stimmen mit dem ungefähr weltgeteilt überein». Aber auch dem neuartigen Gemeinschaftsgebilde, mit den Nörter dem «Common Venture» gegenüber Linden Osteuropas empfand die Schweizer Diplomatie als überraschend fruchtbar.

In sechs Monaten zur Konferenzzagenda

Im November 1972 begannen schließlich die multilateralen Vorverhandlungen im Kongresszentrum Dipoli bei Helsinki. Während sechs Monaten stellten die 35 Delegationen in mühsamer diplomatischer Kleinarbeit eine Konferenzagenda zusammen und legten die organisatorischen und inhaltlichen Richtlinien für den Ablauf der Hauptverhandlungen fest – einschliesslich des zentralen Kompromisses. Zum Abschluss dieser Phase kamen erstmals alle Aussenminister der Teilnehmerstaaten in der finnischen Hauptstadt zusammen. Die Schweiz wurde vom Bundesrat Pierre Graber vertreten.

Pierrot von Bundesrat Pierre Graber, aufgenommen im Dezember 1975.
KZ

Die Hauptverhandlungen wurden im September 1973 eröffnet und fanden in verschiedenen Kongresszentren in Genf statt. Theoretisch gestaltet war die Verhandlungsmasse in vier sogenannten «Körben». Der erste Korb betraf den Prinzipienkatalog zu grundsätzlichen Fragen der Souveränität und zwischenstaatlichen Beziehungen sowie sicherheitspolitische Erwägungen im engeren Sinn und vertrauensbildenden Massnahmen im militärischen Bereich. Der zweite war der Zusammenarbeit zwischen Ost und West in den Bereichen Wirtschaft, Wissenschaft, Technik und Umwelt gewidmet. Auch dort zu «menschlichen Kontakten» und Druck der westlichen Staaten in die Verhandlungsagenda aufgenommen wurden. Ihre ging es um den Austausch von Informationen und Personen, um Reisefreiheit und Familienzusammenführungen. Es war die eigentliche Pfeil de «Kniffes» der KSZE, und bei der Interpretation von Grundrechten und Menschenrechten erhielten erhebliche Differenzen zwischen den demokratischen Ländern und den autoritären Staaten bestanden. Im vierten Korb ging es schließlich um das «Follow-up» der KSZE.

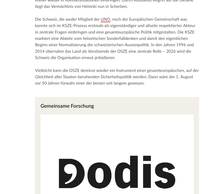
Schweizer Einfluss auf die Verhandlungen

Bereits in Dipoli und nun wieder in Genf zeihn die Schweiz hinter dem Kulissen eine bedeutende Rolle wahr. Zusammen mit den anderen Neutralen (Österreich, Schweden und Finnland – ab 1974 auch im Verbund mit dem blockfreien Jugoslawien sowie den Kleinstaaten Zypern, Malta, San Marino und Liechtenstein als «Groupe des Petits, der Neutrals and Non-Aligned – bildete sie wichtige Vermittlungsdienste. Verzauvernung war dabei ausgeschlossen, denn die Neutralen verfolgten ihre eigenen Interessen. Dazu gehörte Dazu wenn die Diplomaten jeweils sowohl verführerisch waren, dass beide Lager keine Zugeständnisse erlangen oder akzeptieren konnten, ohne das Gesicht zu verlieren, wurden Vorschläge über den Kanal der Nerfe eingebracht, in welchen Schlüsselformeln halfen die Schweizer Diplomaten mit, die Verhandlungen zu deblockieren und schließlich zu einem für alle Staaten annehmbaren Ergebnis zu führen.

> **Schweizer Entwurf vor der Sicherheitskonferenz**
>
> **Das Sonderarbeitsamt der Bundesrat ist beauftragt, die Vorbereitungsarbeiten für die Tagung in Genf des Projekts betreffend Schweizer Vorschlag zur friedlichen Lösung von Konflikten sowie einen vertrauensschaffenden Entwurf über Massnahmen.**
>
> Der Schweizer Entwurf unterscheidet zwei Arten internationaler Konflikte. Die einen können durch Anwendung des bestehenden Völkerrechts beigelegt werden, die anderen müssen durch neue Regeln geschlichtet werden, da die in Frage stehenden Parteien das bestehende Völkerrecht nicht anerkennen. Für die erstere Konflikte wird eine Art von einem Schiedsgericht entscheiden, das an Urteil Gesetzeskraft besitzen. Die andern Konflikte würden einer Untersuchungskommission unterbreitet, die eine Schlichtung versuchen würde. Falls dies nicht gelingt, könnte vorschlagen würde. Dieser Jahr ist Jerdings nicht Gesetzskraft.
>
> Alle Staaten, die mit der Schweiz sich gleichlautende Abkommen unterzeichnen, sollen sich Schiedsgerichtsbarkeit und an der Untersuchungskommission beteiligen. Diese Organisationen wird auf Antrag einer Mitgliedstaaten in Gang kommen. Der Beginn der Arbeit ist jedoch der jeweils gemeinsam Promotor unterwerfen.
>
> **Artikel des Bundesrats Spühler zum Wirken der Schweiz an den KSZE-Verhandlungen in Genf, September 1973.**
> Schweizerisches

Nach monatelanger Redaktionsarbeit und zähen Ringen um einzelne Formulierungen stand schließlich im Sommer 1975 die KSZE-Schlussakte zur Unterschrift bereit. Groß gelegt lag der prinzipielle Teale of darin, dass die Sowjetunion und ihre Verbündeten in den 60 Jahren staaten Ehrenbürtrale Souveränität und die Unverletzlichkeit ihrer Grenzen bestätigen konnte, während es dem Westen gelang, dem Ostblock Zugeständnisse bezüglich der Wahrung der Menschenrechte abzuringen. Der Tag zum 1. August 1975 in Helsinki war frei.

«Tatsächlich handelt es sich hier um die erste Zusammenarbeit der Vierarsteuerstäten aller Länder des europäischen Kontes», heißt Bundespräsident Graber am 30. Juli in seiner Rede vor den in der Finnische Hauptstadt versammelten Staats- und Regierungschefs. Zwar «erhlen die Resultate auf den ersten Blick bescheiden und entsprechen nicht allen zuvor gehegten Hoffnungen, stellte die Magistrat kritisch fest, «Und dennoch! Allein die Umstand, dass derart heiße Fragen in aller Offenheit auf diplomatischer Ebene zwischen Staaten von unterschiedlichen politischen, wirtschaftlichen und sozialen Systemen aufgegriffen und debattiert werden konnten, ist an sich schon ein positives Element. Und die Tatsache, dass die gleichen Länder sich auf Teste einigen konnten, die zumindest die Verdienst haben, zu verdünnen, ist ein weiterer Grund zur Hoffnung.»



Der sowjetische Staatschef Leonid Breschnew (Mitte) und der amerikanische Präsident Gerald Ford (rechts) stossen auf die Unterschrift der KSZE-Schlussakte an. Ein Bild, das einige Jahre zuvorgleich undenkbar wäre.
Wikimedia / National Archives and Records Administration

In der Tat war die Helsinki-Schlussakte, von «Bescheiden» nicht bleiben, aber für die Ostblockstaaten bedeutete sie einen Paradigmenwechsel. Die Ausgestaltung ihrer innerschweizerischen Beziehungen auf dem Kontinent, die «integrierte gesamteuropäische politische Regime» und kann deshalb als grösste Errungenschaft der europäischen Diplomatie im Kalten Krieg angesehen werden. Trotz aller Widrigkeiten blieb die KSZE bis zum Fall des «Eisernen Vorhangs» als Forum des Ost-West-Dialogs bestehen. In Folgekonferenzen wurden die Einhaltung Prinzipien von Helsinki jeweils überprüft und ausgebaut. Nach den demokratischen Umstürzen der kommunistischen Regimes wurden am KSZE Gipfeltreffen von Paris 1990 die «Ergebnisse der Wiener Ausgeschnitten und ein neues Zeitalter der gesamteuropäischen Zusammenarbeit eingeläutet. 1994 erfolgte schließlich an Budapester Gipfeltreffen die Institutionalisierung der KSZE als Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE). Bis 2022 konnte die OSZE sich immer wieder in Konfliktsituationen einbringen. Durch Russlands Angriff auf die Ukraine liegt das Vermächtnis von Helsinki nun in Scherben.

Die Schweiz, die wieder Mitglied der UNO, nach der Ablehnung der Europäischen Gemeinschaft war, konnte sich in KSZE-Prozess einbinden als eigenständiger und allseits respektierter Akteur in zentrale Fragen eintbringen und eine gesamteuropäische Politik mitgestalten. Die KSZE markiert eine Ablehr von helvetischen Sonderfaktoren und damit den eigentlichen Beginn einer Normalisierung der schweizerischen Aussenpolitik. In den Jahren 1994 und 2014 übernahm die Land die Vorsitzende der OSZE eine zentrale Rolle – 2026 wird die Schweiz die Organisation erneut präsidieren.

Vielleicht kann die OSZE dereinst wieder ein Instrument einer gesamteuropäischen, auf der Gleichheit aller Staaten beruhenden Sicherheitspolitik werden. Dann wäre der 1. August vor 50 Jahren Kreuze einer der besten sich langen gewesen.

Gemeinsame Forschung

Der vorliegende Text ist das Ergebnis einer Zusammenarbeit zwischen dem Schweizerischen Nationalmuseum und der Forschungsstelle Diplomatische Dokumente der Schweiz. Impressum von SC Jahresmap der KSZE Schlussakte von Helsinki und dem schweizerischen OSZE-Vorsitz 2026 betreibt Dodis zurzeit Forschungen für zwei Publikationen zur Geschichte der KSZE/OSZE. Die im Text zitierten Dokumente und zahlreiche weitere Akten zum Thema sind online verfügbar.

Publiziert am: 01.08.2025